

Rede von John F. Kennedy über das sowjetische Aide Mémoire über Deutschland und Berlin (19. Juli 1961)

Quelle: KENNEDY, John F. Dämme gegen die Flut. GARDNER, John W. (Hrsg.). Düsseldorf, Wien: Econ-Verlag Gmbh, 1962. 296 S. p. 237-241.

Urheberrecht: (c) Econ-Verlag Gmbh

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_john_f_kennedy_uber_das_sowjetische_aide_memoire_uber_deutschland_und_berlin_19_juli_1961-de-abfef6ae-66d1-48f4-8863-0568dcd238ad.html

Publication date: 03/07/2015

Im Einvernehmen und in voller Übereinstimmung mit ihren britischen und französischen Verbündeten, unter Verwertung der Ansichten der Bundesrepublik Deutschland und nach Konsultation mit den Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation haben die Vereinigten Staaten am Montag durch ihre Botschaft in Moskau ihre Antwort auf das Memorandum zur Deutschland- und Berlinfrage überreichen lassen, das ihnen am 4. Juni von der Sowjetregierung zugegangen ist. Unsere Antwort spricht für sich selbst und trägt einen, wie ich glaube, unwiderlegbaren juristischen, moralischen und politischen Standpunkt vor. Mit der gegenwärtigen Erklärung möchte ich dem amerikanischen Volk und den Menschen in aller Welt die grundlegenden Probleme erläutern, die in den diplomatischen Schriftstücken in etwas formellerer Sprache behandelt werden.

Das sowjetische Memorandum ist ein Dokument, das zwar vom Frieden spricht, in Wirklichkeit aber ihn zu stören droht. Die Sowjetunion spricht von Beendigung der abnormen Situation in Deutschland, besteht aber darauf, die abnorme Teilung dieses Landes müsse permanent gemacht werden. Sie nimmt Bezug auf das Bündnis der vier Mächte im zweiten Weltkrieg, hat es aber auf die einseitige Aberkennung der Rechte der drei anderen Mächte abgesehen. Sie fordert neue internationale Vereinbarungen, während sie sich anschickt, die bestehenden zu brechen. Sie bietet gewisse Garantien an, während sie den klaren Beweis liefert, daß man sich auf ihre früheren Zusicherungen nicht verlassen kann. Sie beteuert ihr Interesse für die Rechte der Bürger Westberlins, während sie beabsichtigt, sie in eine Lage zu bringen, in der sie sogleich oder später der Tyrannei eines Regimes ausgesetzt wären, das keine Selbstbestimmung erlaubt. Drei einfache Tatsachen liegen klar zutage:

Erstens: Heute herrscht Friede in Berlin, in Deutschland und in Europa. Wird dieser Friede durch die einseitigen Aktionen der Sowjetunion gebrochen, dann werden ihre Machthaber vor der öffentlichen Meinung der Welt und vor der Geschichte eine schwere Verantwortung zu tragen haben.

Zweitens: Heute sind die Menschen Westberlins frei. In diesem Sinn ist Westberlin schon eine «freie Stadt» - nämlich frei, seine Regierenden selbst zu bestimmen, und frei, sich der fundamentalen Menschenrechte zu erfreuen, die in der Charta der Vereinten Nationen neu bestätigt worden sind.

Drittens: Heute ist die ständige Anwesenheit der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs in Westberlin kraft klaren legalen Rechts, das sich aus ihrem Sieg im Kriege herleitet, in zahlreichen Vereinbarungen anerkannt, die von der Sowjetunion unterzeichnet worden sind, und sie wird von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung der Stadt eindeutig gebilligt. Die Freiheit dieser Menschen hängt von unserer Ausübung jener Rechte ab - einer Ausübung, die somit ebenso sehr eine politische und moralische Verpflichtung wie ein legaler Rechtsanspruch ist. Insofern diese Rechte, einschließlich des Rechts auf Zugang nach Berlin, nicht der Sowjetregierung zustehen, können sie nicht durch irgendwelche einseitigen Handlungen der Sowjetunion beendet werden. Sie können nicht durch einen sogenannten «Friedensvertrag» beeinträchtigt werden, der nur für einen Teil Deutschlands mit einem Regime geschlossen wird, das von der Sowjetunion selbst geschaffen worden ist - einem Regime, das weder die freigewählte Repräsentation ganz Deutschlands oder auch nur eines Teils von Deutschland darstellt noch das Vertrauen der siebzehn Millionen Ostdeutschen genießt. Der ständige Strom deutscher Flüchtlinge von Ost nach West ist ein sprechender Beweis für diese Tatsache.

Die Vereinigten Staaten sind seit dem Ende des Krieges bereit gewesen und sind es auch heute, im Einvernehmen mit ihren Verbündeten des zweiten Weltkriegs einen frei ausgehandelten Friedensvertrag abzuschließen, der für ganz Deutschland gilt und auf dem frei ausgedrückten Willen des ganzen deutschen Volkes beruht. Wir haben niemals behauptet, daß wir in Verletzung des internationalen Rechts und früherer Viermächtevereinbarungen berechtigt wären, mit nur einem Teil Deutschlands oder ohne die Beteiligung der anderen hauptsächlichen Verbündeten des zweiten Weltkriegs eine Friedensregelung auszuhandeln. Wir kennen keinen vernünftigen Grund, warum die Sowjetregierung jetzt annehmen sollte, die sich aus der Kapitulation Nazideutschlands ergebenden Rechte der Westmächte könnten durch einen derartigen Schritt von Seiten der Sowjetunion ungültig gemacht werden.

Die Vereinigten Staaten haben einen gerechten und umfassenden Friedensvertrag für ganz Deutschland konsequent angestrebt, seitdem sie 1946 zum erstenmal vorgeschlagen haben, eine spezielle Kommission für

diesen Zweck einzusetzen. Wir erkennen sogar an, daß eine Veränderung des gegenwärtigen Zustands wünschenswert ist - aber es sollte eine Veränderung in der Richtung auf größere, nicht auf geringere Freiheit der Wahl für die Bevölkerung Deutschlands und Berlins sein. Der westliche Friedensplan und die Lösung für ganz Berlin, die von den westlichen Verbündeten 1959 in Genf vorgeschlagen wurden, waren konstruktive, praktische Angebote, um eine gerechte Regelung dieser Art in Mitteleuropa zu ermöglichen. Unser Ziel ist nicht, unsere Anwesenheit in Deutschland wie in Berlin andauern zu lassen - unser Ziel ist vielmehr, den Bewohnern Deutschlands und Berlins die Fortdauer von Frieden und Freiheit zu gewährleisten.

Aber die Sowjetunion hat jeden Fortschritt auf dem Wege zum Abschluß eines gerechten, auf der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beruhenden Vertrags unterbunden und statt dessen zu wiederholten Malen die von diesem Problem herrührenden Spannungen in der Welt verschärft. Die sowjetische Blockade Berlins im Jahre 1948, die sowjetische Note vom 27. November 1958 und das eben erst überreichte sowjetische Memorandum vom 4. Juni 1961 haben die Ruhe in diesem Gebiet in hohem Grade gestört.

Mit dem Memorandum vom 4. Juni 1961 wird in Wirklichkeit das Ziel verfolgt, Ostberlin, Teil einer unter Viermächte-Status stehenden Stadt, formell in die sogenannte Deutsche Demokratische Republik einzugliedern, während Westberlin, wenn auch unter der Bezeichnung «freie Stadt», den Schutz verlöre, den ihm gegenwärtig die Westmächte gewähren, und dem Willen eines totalitären Regimes ausgeliefert würde. Der Machthaber dieses Regimes, Herr Ulbricht, hat bereits erklärt, daß er, sowie dieser sogenannte «Friedensvertrag» unterzeichnet ist, die Verbindungen Westberlins mit der freien Welt drosseln und die Freiheit, die es jetzt genießt, abwürgen will.

Das Gebiet, das auf diese Weise neuerdings den sowjetischen Androhungen einer erhöhten Spannung ausgesetzt wird, stellt keine wie immer geartete Gefahr für den Frieden der Welt oder für die Sicherheit irgendeiner Nation dar. Die Welt weiß, daß es heute keinen Grund für eine Krise wegen Berlins gibt - und daß, wenn eine solche sich entwickelt, nur der Versuch der Sowjetregierung, die Rechte anderer anzutasten und Spannungen künstlich zu erzeugen, sie auslösen wird. Die Sowjetunion mißbraucht ferner die Worte «Freiheit» und «Frieden». Denn, wie wir in unserer Entwicklung feststellen, «Frieden und Freiheit sind weder leere Worte, noch sind sie durch Worte oder Versprechungen allein zu verwirklichen. Sie sind Ausdruck einer Sachlage.»

Eine Stadt wird nicht dadurch frei, daß man sie lediglich «freie Stadt» nennt. Soll eine Stadt oder ein Volk frei sein, so muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, ohne wirtschaftlichen, politischen oder polizeilichen Druck ihre eigene Wahl zu treffen und nach ihrem eigenen Willen zu leben. Die Bevölkerung Westberlins hat heute diese Freiheit. Es ist das Ziel unserer Politik, daß sie sie auch weiterhin behält.

Friede erwächst nicht automatisch aus einem «Friedensvertrag». Heute herrscht Friede in Deutschland, auch wenn die Situation «abnorm» ist. Ein «Friedensvertrag», der Leben und Rechte von Millionen ungünstig beeinflusst, wird nicht zum Frieden führen. Ebenso wenig wird Friede aus einem «Friedensvertrag» hervorgehen, der darauf abzielt, die feierlichen Verpflichtungen von drei Großmächten zu beeinträchtigen. Wir bitten die Sowjetregierung abermals dringend, ihren Kurs zu überdenken, auf den Weg konstruktiver Kooperation, die zu wünschen sie so häufig versichert, zurückzukehren und mit ihren Verbündeten des zweiten Weltkriegs beim Abschluß einer gerechten und dauerhaften Regelung der Probleme, die dieser Konflikt hinterlassen hat, zusammenzuarbeiten.